

Ausbauschritt 2035 | Geldsegen fürs Wallis. Und eine wintersichere Strasse für Zermatt

Somma-Rieder-Kompromiss

BERN/WALLIS | Doris Leuthard, die vormalige Verkehrsministerin, wollte weder für den NEAT-Ausbau noch für die Strasse Täsch-Zermatt Gelder sprechen. Seit gestern ist beides möglich. Ein Kompromiss zwischen Bundesrätin Sommaruga und Ständerat Rieder macht es möglich.

DAVID BINER

In verkehrspolitischer Hinsicht scheint Beat Rieder einen beseren Draht zu Simonetta Sommaruga zu haben als zu Doris Leuthard, deren Vorgängerin im Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK. «Die Zahlen haben für sich gesprochen», sagte der CVP-Ständerat auf Anfrage knapp. Am Rande der gestrigen Debatte in der klei-

nen Kammer über die Budgetaufstockung für die Bahninfrastruktur erinnerte Rieder die Bundesrätin nochmals daran, warum eine wintersichere Strasse für den Weltkurort Zermatt unabdingbar sei. «Pro Tag befahren 315 bis 440 Lieferwagen diese Strasse. Jährlich werden hier etwa 60 000 Tonnen Güter zwischen Täsch und Zermatt transportiert.» Es sei demnach «absolut zwingend», dass die Strasse in der Substanz nicht nur erhalten, sondern auch verbessert werde und zudem winter- und naturgefahrensicher gemacht werden müsse. «Wir reden von einem Tourismusort mit zwei Millionen Übernachtungen. Das sind Grössenordnungen, die man in der Schweiz nur noch in Genf und in Zürich antrifft.» Rieder forderte deshalb von Sommaruga ein Zugeständnis fürs Pro-

tokoll. Und Sommaruga gab es: «Es ist im Zusammenhang mit dem Bahnausbau Täsch-Zermatt in der Tat so, dass die Strasse in der Substanz erhalten bleiben und dass auch der Schutz vor Naturgefahren sichergestellt werden soll.»

Weggli und Fünfer

Das ist eine beachtliche Wende, die da die neue Verkehrsministerin gestern vollzogen hat. Zumal ihre Vorgängerin noch bis zum Schluss ihrer Amtszeit Ende 2018 darauf bestanden hatte, bei der Erschliessung des Matterhornorfes ausschliesslich auf die Schiene zu setzen. Der Bau des wintersicheren Bahntunnels «Unnerchritz» mit einem stolzen Investitionsvolumen von rund 500 Mio. Franken ist denn auch Teil des gestern vom Ständerat genehmigten Ausbaus Schrittes 2035,

war aber unter Leuthard jeweils an den geringen Status quo bei der Strassensicherheit gekoppelt. Jetzt kommt Sommaruga und stellt das Weggli und den Fünfer in Aussicht: wintersichere Bahn, wintersichere Strasse. «Man wird gerade das in der Vereinbarung mit dem Kanton und den Gemeinden dann auch so festlegen», liess die neue UVEK-Chefin Beat Rieder ausrichten. «Diese Aussage möchte ich zu Ihren Händen machen.»

Die Bedingung für den Kompromiss: Sommaruga und Rieder sind sich einig, dass die Strasse Täsch-Zermatt für den öffentlichen Verkehr weiterhin gesperrt bleiben soll. Einer der wenigen Punkte, die von der Leuthard-Ära übernommen wurden. Denn unter der Führung der CVP-Bundesrätin waren auch die im Wallis lang

ersehnten Ausbaurbeiten im NEAT-Basistunnel zwischen Ferden und Mitholz sowie zwischen Frutigen und Wengi-Ey nicht vorgesehen. Das von Viola Amherd angeführte Lötschberg-Komitee war schliesslich nötig, um Leuthard doch noch umzustimmen.

Insgesamt hat der Ständerat allein dem Kanton Wallis gestern Gelder in der Höhe von fast 1,5 Mia. Franken in Aussicht gestellt. Neben dem NEAT-Ausbau, dem «Unnerchritz»-Tunnel zwischen Täsch und Zermatt sowie weiteren Investitionen in das Eisenbahnnetz der Matterhorn Gotthard Bahn sind Gelder für Ausbaurbeiten des Bahnhofs Brig sowie für das Grimseletunnel-Projekt vorgesehen. Letzteres wurde in den nächsten Planungsbeschluss, in das Strategische Entwicklungsprogramm (STEP), aufgenommen.

FINANZAUSGLEICH

Weniger fürs Wallis

BERN | Beim nationalen Finanzausgleich sollen neu die Geberkantone entlastet werden. Die Änderungen sollen 2020 in Kraft treten. Dann läuft das alte Modell aus. Die Reform sieht vor, dass der Ausgleich zwischen ressourcenstarken und ressourcenschwachen Kantonen wie dem Wallis nicht mehr alle vier Jahre politisch ausgehandelt wird. Stattdessen soll er zur fixen Grösse werden. Dieser Wert wird künftig garantiert. Gleichzeitig wird er gegenüber heute schrittweise gesenkt, und zwar auf 86,5 Prozent. Der Ständerat hat dieser Grundregel im Dezember zugestimmt. Die Finanzkommission des Nationalrates empfiehlt der grossen Kammer nachzuziehen. Der Nationalrat wird das Geschäft am 7. Mai 2019, am ersten Tag der Sondersession, behandeln. **sda**